

Liebe Wählerinnen und Wähler,

auch der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA NRW) will über einen Fragebogen den Landtagskandidaten auf den Zahn fühlen, oder die Kandidaten schon mal beeinflussen. Der Vorgabe, auf die Fragen mit Ja oder Nein zu antworten, bin ich nicht gefolgt. Ich möchte mich lieber etwas differenzierter mit den Fragen beschäftigen.

Die vollständige Auswertung durch die DEHOGA ist unter folgendem link einzusehen:

<http://www.dehoga-nrw.de/antworten.html>

Antworten von Norbert Vogelpohl (Bündnis 90/Die Grünen)

Fokus 1: Mehrwertsteuer

_ Sind Sie für eine Gesamtrevision des Mehrwertsteuerrechts unter besonderer Beachtung arbeitsintensiver Dienstleistungen wie das Gastgewerbe?

Die Diskussion um den reduzierten Mehrwertsteuersatz für das Beherbergungsgewerbe hat gezeigt, dass der ganze Katalog überarbeitet werden muss. Abgrenzungen sind dabei immer ein Problem. Ab welcher Marke ist eine Dienstleistung „arbeitsintensiv“? Oder sind nicht alle Dienstleistungen arbeitsintensiv?

Fokus 2: Nichtrauchererschutz

_ Sollen bei einem fairen Nichtrauchererschutz nicht weiterhin auch die Interessen von Gastronomen und allen Gästen Berücksichtigung finden?

Beim Nichtrauchererschutz muss der Gesundheitsschutz der Menschen im Vordergrund stehen!

_ Sollten nicht auch die Chancen eines technischen Nichtrauchererschutzes genutzt werden?

Hier setzte ich nicht auf die Technik – sondern auf Einsicht!

Fokus 3: Rundfunkgebühren

_ Werden Sie sich für faire Rundfunkgebühren in der Hotellerie einsetzen?

Was ist fair? Warum Sonderrecht für die Hotellerie? Wer will die nächste Ausnahmeregelung – der Einzelhandel?

Fokus 4: Arbeits- und Tarifrecht

_ Soll den Arbeitnehmern mehr Netto vom Brutto verbleiben?

Wer will etwas anderes? Die Frage ist doch wie? Bei einer Senkung der Sozialversicherungsbeiträge profitieren Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

_ Sind Sie auch der Meinung, dass allein die Tarifvertragsparteien für die Lohnfindung zuständig sein sollten und dass es keines gesetzlichen Mindestlohns bedarf?

Da die Bedeutung von Flächentarifverträgen in den letzten Jahren abgenommen hat, gibt es wohl keine andere Lösung als Mindestlöhne entweder durch allgemeinverbindliche Tarifverträge oder durch gesetzliche Vorgaben. Sonst wird dem Lohndumping Tür und Tor geöffnet.

Fokus 5: Gaststättenrecht

_ Unterstützen Sie die Umgestaltung der Gaststättenerelaubnis zu einer Personalkonzession bei gleichzeitiger Trennung vom Baurecht?

Auch künftig muss, bei allen Bestrebungen zum Bürokratieabbau, sichergestellt sein, dass z.B. die hygienischen Standards in der deutschen Gastronomie erhalten bleiben. Das ist letztlich auch im Interesse der Gastronomie!

_ Sollen schwarzgastronomische Veranstaltungen genauso behandelt werden wie professionelle Gastronomie?

Was sind „schwarzgastronomische Veranstaltungen“? Konzerte, Feten u. a. von sozialen Vereinen und sonstigen „Non-Profit-Organisationen“? Hier muss ein Unterschied bleiben, damit unbürokratisch Geld zum Wohle Dritter zusammen getragen werden kann!

_ Sehen Sie auch die Notwendigkeit einer Qualifizierungsoffensive für Existenzgründer?

Qualifizierung ist immer gut. Nur: Wer bestimmt die Inhalte, die Ziele, ...? Wer soll bezahlen?

Fokus 6: Tourismus

_ Soll der Tourismus eine wichtigere Rolle als Wirtschaftsfaktor im „Industrieland NRW“ einnehmen?

Natürlich ja – aber was folgt daraus?

_ Unterstützen Sie uns in der Forderung, den Masterplan Tourismus NRW konsequent umzusetzen, um Chancen und Potenziale des Tourismus zu nutzen

Ich halte es für sinnvoll, durch ein Gesamtkonzept den Tourismus in NRW zu fördern. Somit finde ich auch einen Masterplan Tourismus NRW interessant. Für die Umsetzung des angesprochenen Masterplans werden bereits 50 Mio. Euro öffentlicher Mittel eingesetzt. Eine Erhöhung dieses Ansatzes kann ich zur Zeit nicht befürworten.

Fokus 7: Jugendarbeitsschutz

_ Möchten auch Sie die Ausbildungschancen für Jugendliche im Gastgewerbe dadurch erhöhen, dass bis 23 Uhr gearbeitet werden darf?

Durch das Jugendarbeitsschutzgesetz sollen Jugendliche vor negativen Auswirkungen der Arbeit geschützt werden. Dieses Gesetz hat seit 1983 eine schleichende Erosion erlebt, einen noch weitergehenden Abbau des erforderlichen Schutzes Jugendlicher kann ich nicht befürworten!